



Sperrfrist: 19. Mai 2006, 10.00 Uhr

Pressemitteilung

zu den Bemerkungen 2006

mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2004

Der Präsident des Landesrechnungshofs, Dr. Aloys Altmann, zur heutigen Veröffentlichung der Bemerkungen:

„Oberstes Gebot der Landesregierung ist die Haushaltssanierung. Dies erfordert in den kommenden Jahren schmerzhaftes Einschnitte bei allen Ausgaben.

Der LRH unterstützt die Sparsbemühungen des Landes. Er appelliert an Parlament und Landesregierung, zusätzliche Einnahmen zur Verringerung der Neuverschuldung einzusetzen.“

1. Aktuelle Haushaltslage des Landes

Tz. 8

Die Sanierung der Landesfinanzen ist und bleibt wichtigste Aufgabe der Politik in Schleswig-Holstein. Mit fast 1,6 Mrd. € hat die Neuverschuldung seit 2005 eine neue Dimension erreicht. Gegenüber früheren Jahren und der von der Verfassung vorgegebenen Obergrenze hat sich die Nettokreditaufnahme verdreifacht.

Die von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Entlastung des Haushalts finden die Unterstützung des LRH. Sie reichen aber für eine Sanierung des Haushalts bei weitem nicht aus. Im Personalhaushalt ist dies mit einer Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeldern bei den Beamten nicht zu erreichen. Das Land muss sich von unnötigen Aufgaben trennen, sich also auf seine Kernaufgaben beschränken, um flächendeckend den Personalbedarf zu reduzieren. Das Personaleinsparkonzept und die Vorschläge aus der Projektgruppe Schlie sind ein erster und wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es bedarf nunmehr einer konsequenten Umsetzung!

Bis 2010 will die Landesregierung versuchen, die jährliche Neuverschuldung zu halbieren. Im Interesse des Landes, seiner Einwohner und der nachfolgenden Generationen appelliert der LRH eindringlich an Regierung und Parlament, die Sanierung der Landesfinanzen zu forcieren und noch in dieser Legislaturperiode zu einem verfassungskonformen Haushalt zurückzukehren.

Keinesfalls darf auf das Prinzip „Hoffnung auf steigende Einnahmen“ gesetzt werden. Jeder zusätzliche Euro, der jetzt in der Steuerschätzung angekündigt wurde, muss zum Abbau der Neuverschuldung verwendet werden.

In den Bemerkungen 2006 gibt der LRH konkrete Hinweise, wie Steuergelder eingespart und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung verbessert werden können.

2. Effizienzreserven im Bildungsbereich nutzen

Schülerbezogene Lehrpersonalkosten an Grundschulen - Kleine Schulen sind teurer **Tz. 17**

Die Personalausgaben je Schüler sind an den Schulen mit geringen Schülerzahlen deutlich höher als an den übrigen Schulen. Dies gilt insbesondere für Schulen mit weniger als 80 Schülern. Ursächlich sind niedrigere Klassenfrequenzen, ein höherer Bedarf an Differenzierungsstunden und höhere Kosten für die Schulleitung. Durch sinkende Schülerzahlen und die Einführung der Verlässlichen Grundschule werden die Kosten weiter steigen.

Zuschüsse an Schulen der dänischen Minderheit und an den Deutschen Schul- und Sprachverein für Nordschleswig - Finanzielle Förderung ist ausreichend **Tz. 14/15**

Die schülerbezogenen Ausgaben für die privaten Schulen der dänischen Minderheit sind mehr als doppelt so hoch wie an den öffentlichen deutschen Schulen. Zudem sind zusätzliche Effizienzreserven vorhanden. Für die wiederholt geforderte Erhöhung der Zuschüsse des Landes besteht daher kein Bedarf. Auch die finanzielle Förderung der deutschen Minderheit in Dänemark ist ausreichend.

Zukünftig sollten verstärkt Möglichkeiten der Kooperation und der organisatorischen Verbindung gesucht werden, um auch bei zurückgehenden Schülerzahlen ein ortsnahe Schulangebot erhalten zu können.

3. Wirtschaftlichkeit auch bei Polizei und Justiz steigern

Kleine Polizeistationen - Ein Auslaufmodell

Tz. 18

Mit dem Wegfall der Residenzpflicht und der ständigen Dienstbereitschaft in ein- und zweimännigen Polizeistationen geht ihre frühere Leistungsstärke verloren. Um sie auf den Standard größerer Polizeistationen zu bringen, wären beträchtliche Mehrausgaben für IT, Dienst-Kfz, Unterbringung und künftigen Digitalfunk erforderlich. Im Hinblick auf die Haushaltslage ist eine Konzentration auf leistungsstarke Einrichtungen in ländlichen Zentralorten notwendig. Das Innenministerium ist daher aufgefordert, ein Organisationskonzept unterhalb der Ebene der neuen Polizeidirektionen zu entwickeln.

Gesundheitsfürsorge für Strafgefangene - Ländervergleich zeigt Einsparpotenziale

Tz. 13

Ein Kostenvergleich der Justizvollzugsanstalten innerhalb Schleswig-Holsteins zeigt, dass ein erhebliches Einsparpotenzial bei den Kosten der Gesundheitsfürsorge der Gefangenen vorhanden ist. Legt man das Niveau der JVA Neumünster zugrunde, so wären in den übrigen schleswig-holsteinischen Anstalten mehr als 550 T€ jährlich einzusparen. Hierbei sind die Bewachungskosten, die in den Anstalten Lübeck und Kiel durch die häufigen Besuche bei externen Fachärzten entstehen, noch nicht einmal berücksichtigt.

Würden die Ausgaben für die Gesundheitsfürsorge der Gefangenen auf den Durchschnittswert der Länder reduziert, könnte jährlich ein Betrag von rd. 320 T€ eingespart werden.

4. Baumaßnahmen besser planen und überwachen

Baumaßnahmen für schleswig-holsteinische Hochschulen - Was lange währt, wird oftmals teurer

Tz. 29

Der LRH hat in den Jahren 2004 und 2005 an den Hochschulstandorten Flensburg, Kiel und Lübeck Baumaßnahmen für Fachhochschulen, Universitäten und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) geprüft. Das Ergebnis ist niederschmetternd:

Beim Bau des **Campus Flensburg** dauerte es vom 1. Bauantrag (1988) bis zum Baubeginn (1999) 11 Jahre, bevor eine Entscheidung über Größe, Aufteilung und Ausstattung von Mensa und Hörsaalgebäude getroffen wurde. Folge: überflüssige Planungskosten.

Auch beim Neubau des Neurozentrums des UK S-H, **Campus Kiel**, dauerte es von 1985 bis 2001, um den Bau des neuen Gebäudes auf dem Gelände des Universitätsklinikums zu beginnen.

Beim **Campus Lübeck** schließlich ging einiges gründlich schief. Die gedeckelten Baukosten für den Neubau für Informatik und Medizintechnik wurden um rd. 2 Mio. € überschritten. Und es kam zu teilweise grotesken Planungsfehlern. An der Nord-West-Fassade wurden 137 Sonnenschutzanlagen eingebaut, 100 T€ hätten gespart werden können. Die nach Süden ausgerichtete Seite, die komplett verglast ist, wurde stattdessen aus architektonischen Gründen ohne außen liegenden Sonnenschutz errichtet. Im Erdgeschoss des Gebäudes wurde ein Lastenaufzug für 35 T€ eingebaut, der gar nicht benötigt wurde.

Fazit: Planung, Kostenkontrolle und Überwachung von Architekten und Ingenieuren durch GMSH und Fachressorts müssen stark verbessert werden.

Ländlicher Wegebau - Hier kann gespart werden

Tz. 19

Der LRH sieht insgesamt keine Notwendigkeit, den bisherigen Förderumfang des Landes für den ländlichen Wegebau beizubehalten. In den Jahren 2000 bis 2004 wurden in den ländlichen Wegebau 42,4 Mio. € investiert - 4 Mio. € mehr als für den Erhalt der maroden Landesstraßen. Die Mittel wurden häufig nicht sachgerecht und auch nicht dort eingesetzt, wo sie erforderlich waren. Statt für die notwendige Unterhaltung und Instandsetzung der Wege und ihrer Nebenanlagen zu sorgen, haben die Gemeinden verstärkt Mittel für den Wegeneubau oder -ausbau verwendet, häufig unter Zugrundelegung zu hoher Ausbaustandards. In vielen Fällen wären standfeste, ungebundene Wegebefestigungen völlig ausreichend gewesen.

5. Vorstand des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UK S-H) -

Hier muss gespart werden

Tz. 27

Das UK S-H beschäftigt einen der teuersten Vorstände der Universitätsklinik in Deutschland. Seit dem 01.01.2005 erhalten die 4 Vorstandsmitglieder eine Vergütung von insgesamt über 1 Mio. € jährlich. Dies sind über 70 % mehr als der seinerzeitige Gesamtaufwand für beide Vorstände in Kiel und Lübeck.

Rechnet man noch die Kosten für persönliche Referenten, Sekretariate und die neu eingerichtete Pressestelle hinzu, so verursacht der Vorstandsbereich jährliche Personalkosten von mindestens 1,65 Mio. € deutlich mehr, als in vielen finanzkräftigeren Ländern für den Vorstand ausgegeben wird. Dies widerspricht sowohl den Interessen des Landes als auch denen des UK S-H.

Eine Aufsicht über das Handeln des UK S-H und seiner Organe durch das Wissenschaftsministerium hat nicht ausreichend stattgefunden, sie muss künftig verbessert werden.

**6. Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss
Gottorf - Bilanz mit Licht und Schatten**

Tz. 11

Das mit der Errichtung der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf im Jahr 1999 verbundene Ziel, Landesmittel einzusparen, wurde erreicht. Knapp 2 Mio. € sind seitdem eingespart worden. Die Stiftung hat im selben Zeitraum ihre Eigenerträge mehr als verdoppelt, den Anstieg der Betriebsaufwendungen begrenzt und Drittmittel für Entwicklungsprojekte von mehr als 3 Mio. € eingeworben. Soweit die Erfolgsbilanz.

Stiftung und Land sehen sich allerdings nicht in der Lage, die erforderlichen Mittel für die Substanzerhaltung der Gebäude aufzubringen. Hierzu ist die Stiftung jedoch gesetzlich verpflichtet.

Die Wiederherstellung des Neuwerk-Gartens mit dem Globushaus und die Siedlungsrekonstruktion Wikingermuseum Haithabu sollen dazu beitragen, die bis 2003 rückläufigen Besucherzahlen nachhaltig zu steigern. Während die Investitionen überwiegend mit Drittmitteln finanziert wurden, sollen die Folgekosten für den laufenden Betrieb aus zusätzlichen Eintrittsgeldern erwirtschaftet werden. Beide Projekte sind mit erheblichen Finanzrisiken verbunden, für die es im Stiftungshaushalt keine Reserven gibt.

Der LRH empfiehlt, künftig dem Vermögenserhalt Vorrang vor der Erschließung neuer Aufgabenfelder einzuräumen.

7. Beteiligung des Landes an der AKN Eisenbahn AG - Das Landesengagement steht auf dem Prüfstand

Tz. 30

Der Finanzbedarf der gemeinsam mit Hamburg betriebenen AKN Eisenbahn AG steigt ständig. Ursächlich hierfür sind die aus der Vergangenheit resultierenden erheblichen finanziellen Belastungen, Änderungen in der Verteilung der Einnahmen im Hamburger Verkehrsverbund und die

regionale Aufteilung der Verluste seit 1999. Dies alles führt zu einer ständigen Mehrbelastung für den Landeshaushalt Schleswig-Holsteins. Weder Rationalisierungsmaßnahmen noch Betriebsausweitungen konnten den rasanten Anstieg des Finanzbedarfs verhindern. Für 2006 sind im Landeshaushalt über 19 Mio. € für den Defizitausgleich veranschlagt. Strukturelle Änderungen sind also dringend erforderlich.

In Betracht kommt eine Veräußerung der Gesellschaft mit ihrer Eisenbahninfrastruktur oder auch eine Trennung von Eisenbahnanlagen und Betrieb.

8. Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz (ULD) - Personalintensive Serviceleistungen oder Konzentration auf Pflichtaufgaben? Tz. 34

Der LRH stellt die Notwendigkeit eines wirksamen Datenschutzes nicht infrage. Dennoch sollte sich das ULD mit Blick auf die Finanzlage des Landes wieder überwiegend seinen Pflichtaufgaben zuwenden. Der Gesetzgeber sollte prüfen, ob sich das Land die umfangreichen personalintensiven Serviceleistungen des ULD auch in Zukunft noch leisten kann und will.

Der LRH schlägt eine Straffung der Organisation mit dem Ziel einer sachgerechten und angemessenen Personalreduzierung vor.

Kiel, 19. Mai 2006